

Saale-Beitung.

Stetsmündbeiliger Jahrgang.

Anzeigen

Werben die Spaltenpreis oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsrer Annoncenstelle und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Resten die Zeile 75 Pf. Einsetzen wöchentlich pünktlich, Sonntags und Feiertagen einmal, sonst pünktlich täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postweiser Zahlung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Verlagsstellen angenommen.

Im ausländischen Zeitung-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Die die Redaktion verantwortl. Max G. Carre in Halle.

Druckstunden von 10^h bis 12^h Mitt. (Zusatzdruck: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 170.)

Nr. 452.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 26. September

1903.

Der preussische Landtag und seine Aufgaben.

II. Wahlkreis-einteilung und Wahlrecht.

Zu denjenigen liberalen Forderungen, die im preussischen Landtag von jeher schon erhoben und mit allem Nachdruck vertreten worden sind und die auch jetzt wieder jeder Kandidat, der in der Wirklichkeit liberalen Grundgedanken huldig, auf sein Programm setzen muß, gehört eine Neueinteilung der Landtagswahlkreise und in zweckmäßiger Verbindung damit eine Aenderung des Wahlrechts. Diese Forderungen sind um so wichtiger, als es ohne Reformen auf beiden Gebieten kaum jemals möglich sein wird, der zweiten Kammer eine veränderte Zusammensetzung zu geben und damit auch die preussische Politik nach einer Richtung hin zu beeinflussen, die mehr als es bisher der Fall ist, den Stimmungen und Wünschen des Volkes Rechnung trägt und endlich einmal die mit den veralteten Überlieferungen aus einer Zeit, in der die realistische Wirklichkeit in vollster Blüte stand, was einst, als die bestehende Wahlkreiseinteilung getroffen wurde, vollkommenes Recht erdienen ist, heute zum verkehrtesten Unrecht geworden. Seit dem Ausgange der fünfziger und der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo die gegenwärtig noch geltende Einteilung der Wahlkreise für das preussische Abgeordnetenhaus gelegentlich feilgelegt wurde, haben sich die Verhältnisse so außerordentlich verändert, hat eine so eingreifende Veränderung in der Bevölkerungsdichtigkeit stattgefunden, daß die Regierung, wenn sie wirklich allen Staatsbürgern das gleiche Recht zuteil werden lassen und den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht mit Mühsal und Kunst aufrecht erhalten will, aus ureigenster Initiative heraus Wandel schaffen sollte. Die Wahlkreise sind infolge der rapiden Entwicklung der Städte so ungleich geworden, daß es eine ganze Reihe von ihnen gibt, die nahe an 120.000 Seelen zählen, während es wiederum auch an solchen nicht fehlt, in denen kaum 40.000 Bewohner das gleiche Recht genießen. Wir haben schon früher an dieser Stelle dargestellt, wie unebenmäßig die Verteilungen sein würden, wenn alle Wahlkreise hinsichtlich ihrer Bevölkerungsziffer gleichmäßig gestaltet werden, aber diese Verteilungen sind es gerade, die den Widerstand der konservativen Parteien wachrufen und, da diese die Mehrheit im Landtage besitzen, eine Reform solange unmöglich machen, als es nicht gelingt, diese Mehrheit zu brechen oder aber die Regierung zu entschlosseneren Vorgehen zu bestimmen.

Auf ein solches Vorgehen zu hoffen, wäre angesichts der Schwäche, die regierungstreu gerade im Landtag den konservativen gegenüber gezeigt wird, verfehlt. Seitens der liberalen, insbesondere der freisinnigen Parteien ist in den letzten Jahren regelmäßig der Versuch gemacht worden, die Regierung zu einer Reform anzuregen; fast ängstlich aber haben es die maßgebenden Kreise vermieden, ihren Standpunkt zur Angelegenheit klarzulegen, und konservativ im Verein mit dem Zentrum haben sich dem liberalen Begehren mit großer Festigkeit ebenso regelmäßig widersetzt, obgleich die Liberalen nichts weiter verlangen als Bestimmungen, die Stadt und Land in ihren Rechten gleichstellen. Freilich würden die konservativen Parteien in ihrem Bestreben durch eine solche Bestimmung nicht unerheblich geschwächt werden, denn ihre ganze Stärke liegt ja auf dem Lande; aber solche Erwägungen dürfen unter keinen Umständen davon abhalten, ausgleichende Gerechtigkeit zu üben und die Bewohner der Städte hinsichtlich ihres Rechtes, im Landtage vertreten zu werden, mit demselben Maße zu messen, wie die des Landes. Je weiter die Umbildung Deutschlands und damit auch Preußens zum Industrie- und Fortschrittsland, desto größere Bedenken muß eine Gesetzgebung erregen, die vornehmlich von den Interessen des flachen Landes geleitet wird, nicht zu reden von der Unzufriedenheit, die in weiten Kreisen durch solche Ungerechtigkeiten erzeugt wird und an sich schon groß genug ist, als daß sie noch weiter genährt zu werden brauchte. In Wirklichkeit vermögen selbst die rechtsstehenden Parteien keinen auch nur einigermaßen vernünftigen Einwand gegen die liberalen Forderungen zu erheben. „Zweckmäßig und notwendig“ so sagen sie in dem eben erwähnten Wahlkreise für den Landtagswahl, „verbieten im gegenwärtigen Augenblick eine durchgreifende Veränderung der Verteilung der Abgeordneten unter die einzelnen Teile des Staatsgebietes.“ Welcher Art diese Zweckmäßigkeitsgründe aber sind, geht aus der ferneren Ausführung hervor, daß „gerade in einer Zeit, in welcher die Landwirtschaft schwer um ihre Existenz ringt, und die Befürchtung, daß sie bei Abschluß der Handelsverträge die Kosten für Transport der Produkte zu sicheren Vorteilen wiederum zu tragen hat, immer noch nicht befeitigt ist, von einer Verminderung der Zahl der auf die ländlichen Gebiete entfallenden Abgeordneten nicht die Rede sein könne.“ Also nichts weiter als der Haß gegen die städtische Bevölkerung, gegen die Industrie, die Befürchtung, die seitlang geübte Bestimmung der Gesetzgebung und Verwaltung zu Gunsten der Großgrundbesitzer nicht länger mehr durchsetzen zu können. Sie allein bestimmen die konservativen, die scheinbar Ungerechtigkeiten fortbestehen zu lassen. Auch das Zentrum vermag sich logischen Erwägungen nicht zu verschließen, und weiß nur die Furcht vor einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land als Grund für seine ablehnende Haltung an sich zu führen, während die National-

liberalen ganz zu Recht gelegentlich der Erörterung der Frage im Juni v. J. im Abgeordnetenhaus erklärten, daß der Fortbestand solcher Ungerechtigkeiten das ganze geltende Wahlrecht mit Fortreisen könnte. Und in der Tat: von Jahr zu Jahr gewinnt die Agitation, welche das Wahlrecht auch für die Landtagswahlen eingeführt wissen will, an Umfang und Tiefe, und sie wird um so nachhaltiger werden, je intensiver sich die Sozialdemokratie, an den Landtagswahlen beteiligt. Auch das sollte der Regierung zu denken geben, denn es gibt keine wirksamere Einwirkung auf das Volk, als wenn man ihm klar macht, daß es in seinen Rechten gegenüber anderen Kreisen verläßt wird. Bismarcks Charakterisierung des bestehenden Landtagswahlrechts als des „elendesten aller Wahlsysteme“ leistet dabei eine wirksame Hilfe. Es bedarf aber nicht einmal der sozialdemokratischen Agitation, um in der Bevölkerung den Wunsch nach einem gerechteren Wahlmodus zu erwecken. Er besteht schon lange und ist, wie wir bei dieser Gelegenheit gegenüber den falschen Behauptungen der sozialdemokratischen Agitatoren während der Reichstagswahlbewegung ausdrücklich hervorheben wollen, keineswegs freisinnigen Parteien zu wiederholten Malen im Abgeordnetenhaus vertreten worden. Die Einführung eines gerechteren Wahlsystems für die Landtagswahlen, vor allem aber die Umwandlung in geheime Wahlen muß auch jetzt eine der Hauptforderungen der liberalen Parteien bilden und neben dem Verlangen nach einer Neueinteilung der Landtagswahlkreise mit in den Vordergrund der Wahlbewegung gestellt werden. Die Angst vor einem Einbringen der Sozialdemokratie auch in den Landtag darf davon nicht abhalten; der preussische Staat ist, wie schon der ehemalige Minister des Innern Gerfurth mit Recht erklärte, fast genug, um auch ein Wahlsystem zu tragen, welches die verfassungsmäßige Grundlage des Deutschen Reiches bildet. Das preussische Abgeordnetenhaus zählt 433 Mitglieder, von denen am Ende der vorliegenden Legislaturperiode 147 der konservativen, 58 der freisinnigen Partei angehören, sodas die Rechte über 205 Stimmen verfügt, während die Mehrheit 217 Stimmen beträgt. Es fehlen also nur wenige Stimmen noch, um sie unabhängig von anderen Parteien, in den Besitz der Mehrheit zu setzen. Das ein derartiges Ueberwiegen nicht entfernt der konservativen im Lande entspricht und bei dem reaktionären Charakter der Rechten ganz außerordentliche Nachteile und Gefahren für unsere gesamte innerpolitische wie wirtschaftliche Entwicklung, für die Rechte und Freiheiten des Volkes bringen muß, bedarf keiner weiteren Begründung. Diese Erkenntnis aber sollte genügen alle liberalen Männer aufzufordern auch ihrer bisherigen Gleichgültigkeit und sie zur Wahl zu führen, zum Vortum für eine gerechte Einteilung der Landtagswahlkreise und eine Befestigung des elendesten aller Wahlsysteme zu Gunsten der geheimen Wahl.

Deutsches Reich.

Stos- und Personalveränderungen.

Der Staatssekretär des Reichspostamts K. Kette behndelt sich in Begleitung der Geheimräte Granzow und Sobel auf einer Dienstreise. Er war kürzlich in Frankfurt a. M., besichtigte die Postbetriebs-Einrichtungen an dem dortigen Hauptposthofe und setzte dann die Reise nach dem Elbort fort.

Die Dresdener Wählervere.

Die Rede, mit der der Reichstagsführer in Dresden eine Ansprache des Oberbürgermeisters Venzler beantwortet hat, klingt sehr hart an die Ideen an, die bis kurz vor dem letzten Kroat und dem damals eingetretenen Witterungswechsel in maßgebenden Kreisen als das Programm der Zukunft festgelegt wurden. Es kann kein Zufall sein, daß Graf Hilow jetzt in der von ihm gewählten Form auf die damals zurückgestellten Gedanken zurückkommt, und so ist es kein Wunder, daß vor dem Kroat, als in fernerer Aussicht stehend angesehen wurde, wieder viel die Rede ist. „Oberbürgermeister als Minister und Oberpräsidenten“, schon vor der Abreise des Oberbürgermeisters von Herrn Adickes wurde erklärt, daß die Rede geübt sein, daß der Herr Staatssekretär, der andere Rän gerade übertritt in den Staatsdienst verlassen würde, sodas für sie geeignete Verwendung gefunden sei. Daß diese Verwendung, auch bei reichlicher Bemessung der bekannten Zulagen, nicht von einem Tage zum anderen möglich ist, liegt bei Berücksichtigung der gegenwärtigen Nebenverhältnisse sehr fern auf der Hand. Nach einem dritten Oberbürgermeister gibt es, der als Anwärter auf staatliche Würden Chancen haben soll. Dr. Giese aus Altona, Graf Waldersee hat wiederholt und schon seit Jahren auf die seiner Verberzung nach besonders qualifizierten Persönlichkeit des Altoner Stadtoberhauptes in Berlin nachdrücklich hingewiesen, und auch Graf Hilow, der sein Sommeraufenthalt in regelmäßig in die Nähe von Hamburg führt, hat für Herrn Dr. Giese viel übrig. Erwähnt ist bei dieser Gelegenheit, daß auch die Uebernahme des westpreussischen Oberpräsidenten in den hiesigen Kreisen, auch wenn sie nicht in unmittelbarem Staatsdienst groß geworden sind, hat Graf Hilow in seiner Dresdener Rede nach einem zweiten Punkt aus dem „Programm der Zukunft“ berührt, indem er auf die Pflicht der Städte, besonders ihre sozialen Aufgaben im Auge zu behalten,

hinwies. Wie sehr zu wissen glauben, gilt diese Mahnung, natürlich ohne ein abschließendes Urteil über das Maß des bisher Geleisteten zu involvieren, namentlich auch der Stadt Berlin. Man erntet in den Kreisen der Staatsverwaltung durchaus an, was die Reichshauptstadt auf dem in Rede stehenden Gebiet bisher geleistet hat; für Schulwesen ist ungenügend, sie verwendet viel Geld auf Schönmalerie, die nichtigste Schandgebilde sind, z. c. Aber man verkennt auch nicht, daß keineswegs alles, was längst hätte geschehen können, geschehen ist, und daß andere, kleinere Kommunen so manche Aufgabe bereits gelöst haben, die für Berlin ihrer Lösung noch harret. Eine solche Aufgabe ist z. B. die Eindämmung der Grundstücks-Spekulation, die Einschränkung des ständigen Anstiegs der Bodenpreise. Berlin hat noch keine Baupolizei. Auch wäre der Stadt recht liebrevolles Interesse für die Lage der in ihrem Dienst tätigen Arbeiter und kleinen Beamten, namentlich für deren Arbeits- und Wohnungsverhältnisse angelegentlich zu empfinden. Von der im Gesetz über die Kommunalabgaben gegebenen Möglichkeit, Guts- und Wasser z. c. in Verbindung mit besonderen Bedingungen abzugeben, wird kaum in dem vom Gesetzgeber erwarteten Umfang Gebrauch gemacht. So ließe sich noch manches anführen. Der Bau weiterer Krankenhäuser ist in Aussicht genommen. Noch aber sind sie nicht vorhanden, und doch wäre ihr Vorhandensein schon heute sehr wünschenswert. Es ist ja nicht zu verkennen, daß der Magistrat für ein flottes Tempo auf sozialem Gebiet bei der Einseitigkeit der Stadtverordneten-Besetzung nicht unter allen Umständen das wünschenswerte Verbindliche finden würde. Mit um so größerer Aufmerksamkeit muß die Haltung derjenigen bürgerlichen Gruppen der Bevölkerung beachtet werden, die das Verdienst der Ausrüstung von sozialpolitischen Maßnahmen nicht der Sozialdemokratie allein überlassen. . . .

Wann tritt der neue Tarif in Kraft?

Zu dieser Frage schreibt uns die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen: „Die beträchtliche Erhöhung vieler Zölle im neuen Tarif verleiht der Frage, bis zu welchem Termin man man Waren zu den alten Zöllen in Deutschland einführen, eine eminente Bedeutung. Der Geschäftsmann, der in dieser Beziehung falsch handelt, legt sich folgenreicheren Verlusten aus. Kaiserliche Verordnung ist die Bestimmung des Zeitpunktes vorbehalten, an dem die neuen Zölle in Kraft treten sollen. Der darin liegenden Ungewissheit bezüglich des Termins sieht als fester Anhalt nur gegenüber, daß die vertragsrechtlich gebundenen Zölle des alten Tarifs bis zum Erlöschen des betr. Vertrags in Kraft bleiben, daß ferner die Gültigkeit der Verträge erst nach Jahresfrist vom Tage der Kündigung ab erlischt.“

Verhinderungswiese taugt jetzt sichtlich ein Zweifel auf, ob diese Frist von einem Jahr auch wirklich unter allen Umständen innewerden können. Es wird behauptet, jeder Vertrag könne bei Zustimmung beider Teile beliebig abgeändert werden, diese Möglichkeit stelle die wirkliche Zurechnung der einjährigen Frist in Frage.

Das kommt der Reichsregierung höchstens ungetrübten werden, die sie umöglich haben kann, liegt zutage. Es ist auch nicht einzusehen, wie andere an der Möglichkeit davon kommen sollen, freiwillig einem früheren Termin der Ausrüstung zustimmen. Alle diese Einwände haben aber die Tatsache nicht auf, daß eine Verurteilung in gerichtlichen Kreisen vorhanden ist, die in zahlreichen Urteilen und Aufträgen zum Ausdruck kommt. Aus einer rechtlichen Hofhaltung wird gemeldet, daß dort gegenwärtig größere Speicherkonten im Gange sind, die zu der Annahme berechtigen, die Zinhaber der betr. Firmen richteten sich auf ein Inkrafttreten der neuen Zölle bereits vor dem 1. Januar 1904 ein. Angesichts dieses Tats bestanden wäre es im hohen Grade erwünscht, wenn durch eine amtliche Erklärung der Reichsregierung jeder Zweifel darüber, daß die Handelsverträge vom Tage der Kündigung ab noch ein volles Jahr in Kraft bleiben, beseitigt würde.“

Ein Abtrünniger.

Zu Dresden ist festlich verstanden worden, daß es den revolutionären Grundgedanken der sozialdemokratischen Partei widerspreche, wenn ein „Genosse“ irgend einen „Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft“ erhebe. Daß das aber nur leere Promptenhölzer waren, die dem Wankfüßler der Massen angenehm in die Ohren klingen sollten, muß jetzt auch schon der „Vorwärts“ wider Willen eingesehen. Er greift mit Verwundern, daß in Vitzthums in einem 2500 Einwohner zählenden Städtechen Baden, ein Sozialist zum Bürgermeister gewählt worden ist. Der „Vorwärts“ berichtigt: In Vitzthum fand am vergangenen Sonnabend Bürgermeisterswahl statt. Der Herr Warrer hatte eine außerordentlich lebhaftes Agitation entfaltet, um dem Kandidaten des Zentrums, Herrn Biss Jung II, zum Siege zu verhelfen. Die vorübergehende Wahlhilfe konnte den Zentrumskandidaten aber nicht vor der Niederlage bewahren, er bekam nur 29 Stimmen, während sein Gegenkandidat, Ulrich Schmidt, mit 20 Stimmen gewählt wurde. Schmidt zählt sich, wie die Wam-belmer „Volkstimme“ schreibt, zur sozialdemokratischen Partei. Wenn das also wahr ist, und Herr Schmidt nicht gegenständig um der Parteizugehörigkeit willen an den Posten verleiht, so muß schleunigst unter Verweis Vorbehalt des Regierungsinstrumenten, um den unbotmäßigen Genossen herauszuwimmeln. Ein Bürgermeister hat doch in seinem Bereich einen ganz wesentlichen Anteil an der Staatsgewalt. Und daselbst gilt ja auch von Reichstags-, Landtags- und Stadtwahlkreisen, die, mögen sie abstimmen wie sie wollen, einen Teil der Regierungsgewalt ausmachen. Obensogedem Mitglieder der Gewerbevereine dazu, zu denen sich bekanntlich die Genossen heute mit alter Gewalt drängen. Man sieht, die ganze Verheißung

Ausstellung von Herbst- und Winter-Neuheiten

in den neu erweiterten Geschäftsräumen, welche durch alle Stockwerke mit elektrischem Personenaufzug verbunden sind.

Im Erdgeschoss:

Damen-Kleiderstoffe Seidenstoffe u. Sammete

für Haus-, Strassen- und Gesellschafts-toilette. Satin-
tuch, Zibeline, Angora-, Tuch- und Phantasie-Gewebe.

für Kleider, Blusen und Besatz. Alle hervorragenden
Neuheiten sind in jeder Geschmacksrichtung vertreten.

Blusenstoffe, Tanzstunden- u. Ball-Kleiderstoffe Spezialität: Seidenstoffe für Braut-Kleider.

in allen Stoffarten, weiss und lichtfarbig, klar und dicht.

Halbfertige Roben in Vell-, Tüll, Mail und Seide, weiss, schwarz und Lichtfarben.

Regenschirme — Gürtel — Gürtelschlösser.

**Brautschleier, Brautröcke, Korsetts, Besätze, Seidenband,
Spitzen, Weisswaren, Taschentücher, Schürzen**

Im ersten Stockwerk:

Promenaden- und Reise-Kostüme

in einfacher und eleganter Ausführung.

Kleiderröcke und fussfreie Sportröcke

für jeden Geschmack und Bedarf.

Morgenröcke — Matinéés — Unterröcke

Blusen und Hemdblusen

für Haus und Sport, Gesellschaft und Theater,
in allen Stoffarten und Farben.

Damen- und Mädchen-Hüte,

ausgezeichnet durch aparten und feinen Geschmack.

Wiener u. Pariser Modelle, sowie solche eigener Erzeugung für
den einfachen und feinsten Bedarf.

Schleier, Blumen und Federn.

Pelzwaren.

Stolas, Kragen und Muffen in modernen Tierfellen.
Strausfeder-, Marabut-Boas und Stolas.

Im zweiten Stockwerk:

Gardinen

Stores

Englische Tüll, gestickte Spachtel,
Erbstül mit Lützen in weiss und crème.
Bunte Musseline, Madras, Kongress und
Elsässische Cretonne-Gardinen.

Vitragen

Portièren

in Leinenplüsch, Tuch, Velvet, Satin und Wolle.

Lambrequins in mannigfaltiger Auswahl für jede
Zimmereinrichtung

Borten
als Querbehang.

Teppiche

grosse Auswahl nur solider Fabrikate bester Art in jeder Grösse, vom
kleinsten Vorleger bis zum grössten Salonteppeich.

Vorleger Echt orientalische Teppiche in pracht-
vollen Exemplaren

Tierfelle
in allen Arten.

Tischdecken

in allen Farben und Geweben, passend zu den Teppichen.

Läuferstoffe,

Reisedecken,
Schlafdecken,
Stepdecken.

Matten.

Bettdecken

weiss und farbige, ausgeboigt und mit Fransen in Piqué und Waffelgewebe.

Tüllbettdecken

ein- und zweibettig, weiss und crème.

Tüllschoner

und Läufer in allen Grössen.

Gobelins.

Moderna Wanddekoration

Dekorationschales.

Fortwährend Eingang von Neuheiten!

Zurückgesetzte Gardinen, Portièren, Teppiche und Tischdecken
mit grosser Preisermässigung.

A. Huth & Co.

HALLE a. S.,
Gr. Steinstrasse 86/87.



Haltestelle der Stadtbahn.